

Leitantrag der Bundesjugendleitung:

Wie aus Nachhaltigkeit grünes Wirtschaften wurde und was die Welt wirklich rettet

Zur Zukunft der nachhaltigen Entwicklung anlässlich der Rio+20-Konferenz

Beschlossen auf der Delegiertenversammlung der BUNDjugend am 12.05.2012 in Wolfenbüttel

Hintergrund

Im Juni 2012 findet die United Nations Conference on Sustainable Development – UNCSD oder Rio+20 – in Rio de Janeiro, Brasilien, statt. Diese Gelegenheit möchten wir nutzen, um Bilanz zu ziehen: Was haben mehr als 20 Jahre Nachhaltigkeitsdebatte gebracht und vor welchen Herausforderungen stehen wir heute? Vor allem: Welche Konsequenzen ziehen wir daraus?

Dazu werfen wir zunächst einen Blick zurück auf die UN-Konferenz zur Nachhaltigkeit in Rio 1992. Deren Ergebnisse waren richtungweisend, doch können wir überall beobachten, dass die Nachhaltigkeitsdebatte viel Schwung und Richtungssicherheit verloren hat. Der Glanz ist verblasst, die Vorzeichen vor der nun anstehenden Rio+20-Konferenz sind deutlich andere. Im Folgenden fassen wir zusammen, womit sich die UNCSD beschäftigen und was an Ergebnissen zu erwarten sein wird.

So viel sei hier schon gesagt: Egal, was diese Konferenz leistet, es wird nicht genug sein. Und was Rio nicht schafft, das müssen wir entweder angehen oder in unserer Zukunft ausbaden. Um unsere Forderungen für eine echte nachhaltige Entwicklung geht es im letzten Teil.

Einmal Rio und zurück

Bereits 20 Jahre vor der ersten UN-Konferenz zur Nachhaltigkeit beschrieb der Club of Rome 1973 in seiner Studie „Die Grenzen des Wachstums“ einen zunächst banalen Zusammenhang: Auch bei wachsender Bevölkerungszahl und steigendem Konsum kann die Wirtschaft aufgrund der Endlichkeit natürlicher Ressourcen nicht grenzenlos wachsen. Der Prozess der wirtschaftlichen Wertschöpfung ist grundsätzlich mit einer Wertzerstörung natürlicher als auch sozialer Ressourcen verbunden. So leicht verständlich dieser Zusammenhang auch ist, so ist er eines der zentralen Probleme unseres derzeitigen Wirtschaftens.

Mehr als ein Jahrzehnt später, 1987, veröffentlichte die von den Vereinten Nationen (UN) eingesetzte „Weltkommission für Umwelt und Entwicklung“ den „Our-common-future“-Bericht (auch Brundtland-Bericht), in dem das Konzept nachhaltiger Entwicklung erstmals in der UN beschrieben sowie auf den dringenden Handlungsbedarf der Völkergemeinschaft hingewiesen wird.

Anknüpfend an die darin enthaltenen Vorschläge wurde 1992 die erste UN-Konferenz zum Thema Nachhaltigkeit, die United Nations Conference on Environment and Development (UNCED), einberufen. Die Veränderungen der gesamtpolitischen Lage durch die Beendigung des Kalten Krieges oder die Ereignisse von Tschernobyl führten in Verbindung mit dem richtungweisenden Brundtland-Bericht zu großen Erwartungen. Globale Gerechtigkeit sollte endlich Wirklichkeit werden, indem erstmals auch die Zivilgesellschaft¹ beteiligt wurde.

Die zentralen Ergebnisse der Konferenz waren:

- *In der Rio-Deklaration* sind wesentliche entwicklungs- und umweltpolitische Grundprinzipien zur Armutsbekämpfung und Bevölkerungspolitik, das Recht auf Entwicklung sowie die Anerkennung der Industriestaaten als Hauptverursacher globaler Umweltprobleme verankert.

¹ Zivilgesellschaft bedeutet hier vor allem die Nichtregierungsorganisationen, also Verbände und Organisationen, die (politische) Ziele verfolgen, aber nicht direkt zur Regierung eines Staates gehören, sondern direkt die Meinung ihrer Mitglieder vertreten.

- Die *Agenda 21* konkretisiert die in der Deklaration beschriebenen Grundprinzipien. Es ist ein Aktionsprogramm für Ziele, Maßnahmen und Instrumente zur Umsetzung des Leitbildes einer nachhaltigen Entwicklung für das 21. Jahrhundert.

Es wurden weitere wichtige Konventionen² verabschiedet:

- Die *Klimarahmenkonvention* ist ein internationales und multilaterales Umweltabkommen, welches das Ziel verfolgt, die globalen Treibhausgaskonzentrationen in der Atmosphäre zu stabilisieren, sodass eine gefährliche menschengemachte Störung des Klimasystems verhindert wird. Das bekannteste Abkommen zur Umsetzung der Konvention ist das Kyoto-Protokoll.
- Die *Biodiversitäts-Konvention* dient dem Schutz vielfältiger Ökosysteme, der Artenvielfalt und der genetischen Vielfalt innerhalb einzelner Arten.
- Die *Walddeklaration* ist eine unverbindliche Absichtserklärung, die Leitsätze für eine ökologische Bewirtschaftung, Erhaltung und Schutz der Wälder der Erde enthält.

Der Erdgipfel 1992 steckte sich mit der Umsetzung der Agenda 21 hohe Ziele. Obwohl einige Teilschritte erfolgreich absolviert werden konnten und es gelungen ist, wichtige Rahmenbedingungen zu schaffen, sind die bisherigen Ergebnisse sehr enttäuschend. Strittige Themen wie die Wachstumsfrage³, negative Auswirkungen der Globalisierung oder die Nutzung von Atomkraft zur Energiegewinnung standen damals noch nicht auf der Tagesordnung. Der herbeigesehnte Wandel ist nicht eingetreten. Wirtschaft und Industrie haben den Begriff Nachhaltigkeit besetzt und betreiben Greenwashing⁴. Inzwischen wird alles mit „nachhaltig“ betitelt und gleichzeitig wird Nachhaltigkeit kaum praktiziert. Die Vergangenheit hat also gezeigt, dass die Lippenbekenntnisse auf einer globalen Konferenz wenig reale Auswirkungen haben, solange sie keine verbindlichen Verpflichtungen und Sanktionsmechanismen enthalten. Ganz im Gegenteil: Aufgrund des immer weiter steigenden Energie- und Ressourcenverbrauchs der Menschheit wächst weltweit der Druck auf Ökosysteme. Wie soll die Erde weiteres Wirtschaftswachstum, steigenden Konsum und Emissionsausstöße verkraften?

Alles neu macht der Juni? – Rio+20

Auf der Rio-Konferenz 2012 sollen Antworten gefunden werden. Die Erwartungen sind keine Geringeren, als der festgefahrenen Nachhaltigkeitsdebatte neues Leben einzuhauchen. Dabei tritt ein neues, glänzendes Modewort in Erscheinung: Green Economy. Damit soll nun *wirklich* unsere Erde gerettet werden. Was Green Economy, also eine „grüne Wirtschaftsweise“ eigentlich ist, soll auf der Konferenz definiert werden. Ein erstes Konzept hat das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) vorgelegt.

Green Economy = Green Everything?

Das UNEP schreibt in ihrem Green-Economy-Bericht: „Eine grüne Wirtschaft ist eine, die verbesserte menschliche Wohlfahrt⁵ und soziale Gleichheit hervorbringt und gleichzeitig Umweltrisiken deutlich reduziert. Sie ist kohlenstoffarm, effizient und sozial inklusiv. Wachstum

² Eine Konvention ist eine nicht formal festgeschriebene Regel, die von einer Gruppe von Menschen aufgrund allgemeiner Zustimmung eingehalten wird. Die Übereinkunft kann stillschweigend zustande gekommen oder ausgehandelt worden sein.

³ Wenn man in diesem Kontext von Wachstum spricht, ist in der Regel das Wirtschaftswachstum gemeint. Hinter der „Wachstumsfrage“ stecken eigentlich mehrere Fragen: Kann die Wirtschaft immer weiter wachsen? Wenn nicht, wie lange wächst sie noch so weiter? Auf welche Art und Weise wächst sie? Was passiert wenn sie nicht mehr wächst?

⁴ wörtlich ‚grünwaschen‘, bedeutet: ‚sich ein grünes Mäntelchen umhängen‘. Greenwashing ist eine kritische Bezeichnung für Kommunikation, die darauf zielt, ein Unternehmen in der Öffentlichkeit umweltfreundlich und verantwortungsbewusst aussehen zu lassen.

⁵ Unter Wohlfahrt versteht man Bemühungen zur Deckung der Grundbedürfnisse von Menschen und um einen gewissen Lebensstandard.

von Einkommen und Beschäftigung wird dann von öffentlichen und privaten Investoren angetrieben, die die CO₂-Emissionen reduzieren, Energie- und Ressourceneffizienz erhöhen sowie den Verlust von biologischer Vielfalt und Ökosystemdienstleistungen⁶ verhindern.“

Dabei stellt das UNEP die Chancen für Länder des Globalen Südens⁷ heraus, da aufgrund der Investitionen Arbeitsplätze geschaffen werden, die zur Steigerung des Bruttoinlandsprodukts (BIP) führen und so einen Beitrag zur Armutsbekämpfung leisten.

Ebenso geht es davon aus, dass ökologische Nachhaltigkeit und wirtschaftliches Wachstum miteinander vereinbar sind und Wachstum und Umweltbelastung nur voneinander entkoppelt werden müssen.

Green Economy und nachhaltige Entwicklung – große Worte auf dem Prüfstand

Auf den ersten Blick klingt das Konzept einer Green Economy gar nicht schlecht – wenn es konsequent wäre. Um Green Economy besser einordnen und bewerten zu können, hilft es, sich mit dem Begriff der „nachhaltigen Entwicklung“ zu beschäftigen.

Das Konzept der nachhaltigen Entwicklung

Die Brundtland-Kommission hat eine Definition nachhaltiger Entwicklung entworfen, die sich in der Diskussion durchgesetzt hat. Nachhaltige Entwicklung ist demnach „eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen.“

Für dieses Leitbild gibt es drei **Strategien für den Weg in die Nachhaltigkeit:**

- *Die Effizienz-Strategie.* Im Fokus ist hier die Verbesserung des Verhältnisses von gewünschter Wertschöpfung und unerwünschten negativen Folgen. Ziel ist es, je bereitgestellter Wirtschaftseinheit, weniger Ressourcen zu verbrauchen und somit die Wirksamkeit zu steigern. Als typisches Beispiel kann die Verbesserung des Kraftstoffeinsatzes pro Autokilometer gesehen werden. Diese Strategie beinhaltet die Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung.
- *Die Konsistenz-Strategie.* Sie versucht wirtschaftliche Stoffkreisläufe nach Vorbild der Natur zu schließen. Zum einen gilt es dabei, aus der Natur lediglich erneuerbare anstatt endlicher Ressourcen zu entnehmen. Zum anderen dürfen auch keine Stoffe in Luft, Boden und Wasser abgegeben werden, die nicht über das natürliche Ökosystem absorbiert werden können. Analog zum ersten Beispiel ist die Umstellung eines Autoantriebs von Benzin auf Ökostrom ein Beispiel für die Konsistenz-Strategie.
- *Die Suffizienz-Strategie.* Während Effizienz und Konsistenz sich mit der Qualität von Wirtschaftsprozessen beschäftigen, rückt die Suffizienz die Frage der Quantität in den Vordergrund. Negative Folgen sollen durch eine Beschränkung bzw. Reduzierung der Wirtschaftstätigkeit verringert werden. Die Verringerung der eigenen gefahrenen Autokilometer ist ein Beispiel für die Suffizienz-Strategie. Es werden also auch die Bedürfnisse in ihrer Quantität in Frage gestellt. Der Wandel von Lebensstilen hin zu einem sinnerfüllten Leben ohne Fokussierung auf Materielles steht im Mittelpunkt.

Für eine nachhaltige Entwicklung müssen alle drei Strategien gleichermaßen verfolgt werden. Effizienz und Konsistenz bergen weitere beträchtliche Potentiale, die noch erschlossen werden müssen. Beide Strategien scheitern jedoch, wenn ökologische und soziale Verbesserungen durch

⁶ Eine Ökosystemdienstleistung ist der Wert der Natur für den Menschen. z.B. Bäume, die CO₂ aufnehmen und O₂ abgeben.

⁷ Wir verwenden die Ausdrücke „Globaler Süden“ und „Globaler Norden“, weil er neutraler ist als „Entwicklungs- und Schwellenländer“ oder „Dritte Welt“. Mit dem Ausdruck „Länder des Globalen Südens“ wird diesen Ländern keine bestimmte Entwicklungsrichtung und besonders nicht die des „Globalen Nordens“ aufgezwungen.

weiteres Wachstum und Rebound-Effekte⁸ aufgefressen werden. Hier setzt die Suffizienz an und hinterfragt das Wachstumsparadigma sowie traditionelle Konsum- und Lebensstilmuster.

Der Zusammenhang von Green Economy und nachhaltiger Entwicklung

Das Konzept von Green Economy liefert wichtige Impulse zur Realisierung der Effizienz- und Konsistenz-Strategien. Dennoch ist Green Economy keine nachhaltige Entwicklung, da sie nur einen unvollständigen Blick auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise wirft. Das vorherrschende Wachstumsparadigma und das Maß heutiger Bedürfnisse werden nicht in Frage gestellt, die Grenzen des Wirtschaftens und der Erde werden nicht thematisiert. Green Economy ist eine rein wirtschaftliche Betrachtung und wird als eine neue Wachstumsstrategie dargestellt. Wir sagen: es reicht nicht, die Wirtschaftsweise grün zu machen, wir müssen sie grundsätzlich hinterfragen!

Es gibt weitere **kritische Punkte**, die ebenso Beachtung finden müssen:

- Das UNEP macht zwar gute Analysen, doch findet es die falschen Antworten. Es hat den Übergang zu grünen Technologien, Maßnahmen zur Energieeffizienz und Förderung erneuerbarer Energien zum Ziel. Dabei wird nicht über den Ausstieg aus der Kohle-Energie diskutiert, sondern die unterirdische CO₂-Speicherung (CCS) und der massive Ausbau von Agrotreibstoffen befürwortet. Teil einer nachhaltigen Landwirtschaft ist nicht die Re-Regionalisierung und die Umverteilung von Lebensmitteln, sondern der Einsatz von Gentechnik. Maßnahmen zur Abfallvermeidung finden sich nicht, stattdessen wird auf Recycling gesetzt. Green Economy ist also kein Wegweiser in eine sozial-ökologische Transformation, sondern ein „Aufräumen“ der Schäden, die verursacht werden.
- Green Economy berücksichtigt nicht ausreichend soziale und entwicklungspolitische Komponenten. Eine ökonomische Entwicklung ist nicht mit sozialer und gesellschaftlicher Entwicklung gleichzusetzen. Einen Beitrag zur Entwicklung leistet Green Economy durch das Schaffen von Arbeitsplätzen, trotzdem ist Vollbeschäftigung lange nicht in Sicht ist. Doch gehört zur sozialen Dimension von Nachhaltigkeit viel mehr: Chancengleichheit durch bessere Bildung und Ausbildung, Gleichberechtigung sowie der Schutz und die Förderung von Gesundheit und politische Partizipation. Green Economy jedoch fördert die aktuellen Tendenzen der sozialen Exklusion⁹ und wird den Anforderungen globaler Gerechtigkeit nicht gerecht.
- Green Economy wählt den veralteten „one-size-fits-all“¹⁰-Ansatz. Das Handlungskonzept macht zwar konkrete politische Vorschläge, doch berücksichtigt es nicht die bestehenden Unterschiede zwischen Ländern. Solche Einheitskonzepte sind neokolonialistisch¹¹ und wenig progressiv¹².

Impulse von Rio+20 für Politik und Gesellschaft

An der Gestaltung des Rio+20-Prozesses sind viele Akteure beteiligt, die alle versuchen, ihre Interessen einzubringen und durchzusetzen. Dabei kommt es zu vielfältigen Interessenskollisionen, die sich schon in der Begriffsschlacht um Green Economy widerspiegeln. Das von uns vorgestellte Konzept ist nur ein Vorschlag, wenn auch der konkreteste. So gibt es eine Vielzahl von Interpretationen und Konfliktlinien, die den Begriff prägen. Diese reichen von

⁸ Von einem Rebound (=Rückkopplungs-)Effekt spricht man, wenn beim Einsatz effizienter Technologien zwar relativ gesehen Energie und Ressourcen gespart werden, aber trotzdem insgesamt immer mehr produziert und konsumiert wird.

⁹ Ausschluss oder Ausgrenzung

¹⁰ Deutsch: eine Größe, die allen passt. Das bedeutet, dass es für ein Problem, eine Lösung gibt, die für alle Beteiligten gleichermaßen gilt. Ein Gegensatz bildet der Grundsatz „common but differentiated“ - gemeinsam, aber jeder seinen Möglichkeiten entsprechend.

¹¹ Neokolonialismus ist eine kritische Bezeichnung für das internationale kapitalistische Wirtschaftssystem in Bezug auf das Verhältnis zwischen den Ländern und Konzernen der so genannten „Ersten Welt“ und der „Dritten Welt“ nach Auflösung der Kolonialreiche im 20. Jahrhundert.

¹² fortschrittlich

einer Neuausrichtung des gesamten Wirtschaftens an den Leitlinien einer nachhaltigen Entwicklung bis zu einer bloßen „Begrünung“ der bestehenden Wirtschaftsweise. Genauso unklar ist bisher, ob man sich zu neuen Wohlfahrtsindikatoren bekennt oder bei dem Bruttoinlandsprodukt zur Darstellung von Wohlstand bleibt; oder wie man zu kulturellen Veränderungen, z.B. Veränderungen des Lebensstils, steht.

ProzessbeobachterInnen gehen davon aus, dass sich der vorangegangene skizzierte Vorschlag des UNEP durchsetzen wird.

Rio+20 steht politisch unter schlechten Vorzeichen, sodass ProzessbeobachterInnen der Konferenz keine große Schlagkraft zuschreiben. Die USA, die eine wichtige Rolle in dem Prozess einnehmen, befinden sich im Vorwahlkampf, sodass keine wesentlichen Impulse von den USA zu erwarten sind. Europäische Staaten – auch Deutschland, als Vorreiter des Atomausstiegs – konzentrieren sich derzeit auf die Bewältigung der Eurokrise. Daher ist es unwahrscheinlich, dass sie eine führende Rolle übernehmen werden. Auch scheint es, als gäbe es ein geringes Interesse an der Konferenz, da zentrale Regierungschefs ihre Beteiligung noch nicht bestätigt haben.

Unsere Forderungen an die Bundesregierung für eine nachhaltige Entwicklung

Nachhaltigkeit scheint mittlerweile in aller Munde zu sein. Eine begrüßenswerte Entwicklung, würde der Begriff nicht immer weiter aufgeweicht und uminterpretiert werden. In der internationalen Debatte wird das Leitbild einer nachhaltigen Entwicklung zudem zunehmend durch den Begriff der Green Economy ersetzt. Dabei werden jedoch viele wichtige soziale und ökologische Elemente unterschlagen. Es ist daher die Aufgabe der Zivilgesellschaft, insbesondere von Nichtregierungsorganisationen, der Nachhaltigkeitsdebatte und deren Themen weiterhin ihre nötige Bedeutung zu verleihen. Unser Ziel ist es, dass Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit von Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft als menschliche Werte begriffen und ehrlich umgesetzt werden. Deswegen darf eine Green Economy das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung nicht ersetzen. Dem Aufweichen des Nachhaltigkeitsbegriffs muss ein Ende gesetzt werden; denn nicht alles ist nachhaltig! Deswegen müssen wir eine echte nachhaltige Entwicklung voranbringen!

Überwindung des Wachstumsparadigmas

PolitikerInnen aller Ressorts betonen gerne die Vereinbarkeit von Wirtschaftswachstum und einer nachhaltigen Entwicklung. Mittlerweile wird sogar vielfach die Möglichkeit propagiert, durch eine Hinwendung zu einer Green Economy das grüne Wirtschaftswachstum weiter anzutreiben. Trotz aller Visionen einer Entkopplung von Wirtschaftswachstum und Ressourcenverbrauch wirft die Realität doch starke Zweifel an einer solchen Effizienzrevolution auf. Die bisherige Erfahrung und Berechnungen der zukünftigen Entwicklungen zeigen, dass beispielsweise eine für die Einhaltung der Klimaschutzziele ausreichende Entkopplung von Wachstum und Umweltbelastung unrealistisch ist. Grund hierfür sind Rebound-Effekte und ein zu schnelles Wachstum im Verhältnis zur Effizienzsteigerung; denn Letztere stößt durch physikalische, technische und ökonomische Gesetze irgendwann an ihre Grenzen.

Meistens sind Wachstum – auch grünes Wachstum – und Wachstumspolitik nicht die Lösung, sondern die Ursache ökologischer, gesellschaftlicher und auch vieler wirtschaftlicher Probleme. Dauerhaftes Wachstum trägt weder nachhaltig zu einer Steigerung der Lebensqualität bei, noch ist es ökologisch möglich. Denn die Aufnahmefähigkeit der Umwelt für Abfallprodukte und die Menge verfügbarer Rohstoffe ist begrenzt. Die Definition einer nachhaltigen Entwicklung beinhaltet bereits die Erkenntnis, dass ein grenzenloses Wachstum der Wirtschaft aufgrund der begrenzten natürlichen Ressourcen auf dieser Erde nicht möglich ist. Ernstgemeinte Nachhaltigkeitsziele setzen also voraus, dass wir die Ausrichtung der Politik auf das Wirtschaftswachstum aufgeben. Unter diesen Aspekten ist auch eine alleinige Reduzierung auf eine Green Economy abzulehnen.

Wir fordern:

(1) die Abkehr vom Leitbild Wachstum!

Eine zukunftsfähige Politik muss die Grenzen ökologischer Tragfähigkeit ernst nehmen und innerhalb dieser Grenzen Leitplanken für soziale Sicherheit und die Wirtschaft definieren. Dafür ist es zunächst erforderlich, Wirtschaftswachstum nicht mehr als Leitbild und oberste Priorität anzusehen. Die Wachstumspolitik muss durch eine echte Nachhaltigkeitspolitik ersetzt werden. Die Konsequenz ist ein ökonomisches und politisches Umdenken auf vielen Ebenen.

(2) ein gutes Leben statt steigendem BIP!

Wir wollen ein Wachstum des Wohlstands und nicht der Wirtschaft. Das Bruttoinlandsprodukt muss durch einen alternativen Wohlfahrtsindikator ersetzt werden, der die tatsächliche Lebensqualität sowie das Wohlbefinden der Menschen misst. Eine der vielen möglichen Alternativen wäre der „Happy Planet Index“¹³. In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, die aktuell auf materiellen Werten basierende Definition von „Wohlstand“ zu überdenken.

(3) eine vom Wachstum unabhängige Gesellschaft!

Einige gesellschaftliche Bereiche sind derzeit vom Wirtschaftswachstum abhängig. Bleibt es aus, sind unter den bestehenden Bedingungen die Sozialsysteme nicht mehr finanzierbar, öffentliche Schulden können nicht mehr bedient werden und die Arbeitslosigkeit steigt. Diese gesellschaftlichen Bereiche müssen anders organisiert werden, sodass sie auch ohne Wachstum funktionieren. Wir sind davon überzeugt, dass das möglich ist!

(4) einen gesamtgesellschaftlichen Diskurs über Alternativen!

Einige zivilgesellschaftliche Initiativen verschiedener Länder befassen sich in letzter Zeit intensiv mit der Notwendigkeit einer Schrumpfung der Wirtschaft und entwerfen Modelle, welche das Wachstumsparadigma ablösen sollen. In diesem Sinne sprechen sie von „Postwachstum“¹⁴ und einer „Postwachstums-Gesellschaft“. Eine solche Postwachstumsgesellschaft zu gestalten sehen wir als gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Wir als BUNDjugend werden uns intensiv mit diesem Themenfeld beschäftigen, um durch gesellschaftspolitische Bildungsarbeit dem Wachstumsglauben etwas entgegensetzen zu können.

Globale und intergenerationale Gerechtigkeit und Reduzierung des ÖFA

Der Ökologische Fußabdruck (ÖFA) ist ein Maß für den für die Bedürfnisbefriedigung eines Menschen direkt und indirekt genutzten Naturraum. Er dient der Berechnung von Flächen durch die Entnahme von Ressourcen sowie der Lagerung und Absorption unerwünschter Reststoffe. Bei einer Weltbevölkerung von 7 Milliarden Menschen bleibt jedem Menschen dafür eine Fläche von ca. 1,8 Hektar. Die Inanspruchnahme des Naturraumes ist jedoch extrem unterschiedlich verteilt, er variiert von 0,6 bis über 10 Hektar. Der Ökologische Fußabdruck einer Person aus Deutschland beträgt durchschnittlich 4,2 Hektar. Wir leben also weit über unsere Verhältnisse. Insbesondere die Länder des Globalen Nordens, die die meisten Rohstoffe verbrauchen und über den größeren Handlungsspielraum verfügen, stehen in der Verantwortung, rationell¹⁵ mit Gütern und Rohstoffen umzugehen und einen gerechten Ausgleich zu den Ländern des Globalen Südens herzustellen.

Die Ausbeutung natürlicher Ressourcen schränkt die Gestaltungs- und Entfaltungsmöglichkeiten jetziger und zukünftiger Generationen stark ein. Kein Mensch hat ein angeborenes Privileg auf einen Mehrverbrauch der begrenzten natürlichen Ressourcen. Die Konsequenz liegt auf der

¹³ Der Happy Planet Index wurde von der britischen New Economics Foundation zusammen mit Friends of the Earth Großbritannien kreiert, um das Wohlbefinden eines Landes zu messen. Kriterien sind u.a. die Lebenszufriedenheit, die Lebenserwartung und der ökologischen Fußabdruck.

¹⁴ Es wird auch von Degrowth, Decroissance, decrecimiento, decrescita bzw. einer „Postwachstums-Ökonomie“ gesprochen.

¹⁵ Zweckmäßig und wohl durchdacht

Hand: Wenn wir es mit der Gerechtigkeit ernst meinen, müssen wir hier in Deutschland unseren Ressourcenverbrauch drastisch senken!

Deshalb fordern wir die Bundesregierung auf, sich für einen global gerecht verteilten Ressourcenverbrauch einzusetzen!

Für einen global gerechten Ressourcenverbrauch würde jeder/jedem ErdenbürgerIn ein Budget von 1,8ha produktiver Fläche zustehen. Für jedes Produkt und jede Dienstleistung sollte der jeweilige ÖFA ausgewiesen werden, um diesem Ziel einer gerechten Ressourcenverteilung näher zu kommen. Das würde zum einen ein Bewusstsein dafür schaffen wie viel Ressourcenverbrauch jedem/jeder zusteht, als auch langfristig eine verbindliche Verpflichtung ermöglichen.

Die Energiewende schaffen – der Blockadehaltung von Bundesregierung und Energiekonzernen entgegen treten!

So schnell der Atomausstieg 2011 beschlossen wurde – so schleppend ist die Umsetzung der Energiewende. Vor allem die vier großen Energiekonzerne, aber auch andere Industrieunternehmen, haben wenig Interesse an der Energiewende, verdienen sie doch gut am traditionellen Energieversorgungssystem mit Kohle und Atom. Sie halten an dem Argument der angeblichen Stromlücke fest, streichen mit Verweis auf die Energiewende Arbeitsplätze und wollen neue Kohlekraftwerke im Inland und Atomkraftwerke im Ausland bauen. So wie die Energiekonzerne im Hintergrund die Energiewende unterwandern, blockiert die Bundesregierung diese offenkundig. Diskussionen um die Abschaffung des zentralen politischen Instruments der Energiewende, dem Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG), sind wenig zukunftssträchtig. Der Ausbau der regenerativen Energien geschieht zu langsam, auch, weil die Ausbauziele zu gering sind. Die drastischen Kürzungen der Einspeisevergütung für Photovoltaik-Anlagen ohne Planungshorizont stellen einen gewaltigen Rückschritt dar. Derzeit zahlt der Verbraucher die Energiewende – energieintensive Unternehmen sind von der EEG-Umlage befreit. Unter solchen Umständen sind die Akzeptanz und vor allem das Gelingen der Energiewende in Gefahr!

Deshalb fordern wir:

(1) den sofortigen Atomausstieg!

Von den 17 deutschen Atomkraftwerken sollen die letzten drei im Dezember 2022 vom Netz genommen werden. Ein ernstgemeinter Atomausstieg setzt auch das sofortige Stilllegen aller deutschen Versorgungsanlagen voraus, was den weltweiten Atomausstieg unterstützt.

Wir fordern die Bundesregierung deshalb auf, sich auch international dafür einzusetzen. Der Atomausstieg muss sofort und weltweit erfolgen!

Des Weiteren fordert die BUNDjugend eine zeitnahe, verantwortungsvolle und ergebnisoffene Atommülllagersuche mit dem Ausschluss ungeeigneter Standorte wie Gorleben oder Asse.

(2) einen schnellen und umweltverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien!

Die Bundesregierung hat zum Ziel, bis 2020 einen Anteil von 35 Prozent erneuerbarer Energien am deutschen Strommix vorweisen zu können. Bei einem Anteil von schon 20 Prozent im Jahr 2011 ist das Ausbauziel zu gering. Die Bundesregierung konzentriert sich auf die Nutzung von Offshore-Windenergie. Dabei vernachlässigt sie beispielsweise die Potentiale von Windenergie im Süden Deutschlands. Statt weiterhin horrenden Summen zur Förderung von Kohle- und Atomstrom bereitzustellen, sollte die Bundesregierung ein umfassendes Investitionsprogramm zum schnellen, umwelt- und sozialverträglichen Ausbau erneuerbarer Energien und der Stromnetze auflegen und Planungssicherheit im Umgang mit dem EEG gewährleisten!

Wir fordern die Anpassung und Modernisierung des Stromnetzes sowie die Steigerung von Energiespeicherkapazitäten zur Effizienzmaximierung und Energieeinsparung bei Energieverteilung.

(3) den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Kohlekraft!

Klimaschädliche Kohlekraft ist keine Alternative zur Atomenergie, auch und schon gar nicht mit CCS-Technologien. Ein Ausbau der Kohlekraft würde die traditionelle Energieversorgung auf Jahrzehnte zementieren und stünde damit einer innovativen, zukunftsweisenden Energiewende im Weg.

Deshalb fordern wir kurz- und mittelfristige Ziele zum stufenweisen Ausstieg aus der Kohlekraftnutzung bis 2040. Das ermöglicht den kompletten Verzicht auf fossile Energieträger bis 2050.

(4) mehr Einsatz für Energieeffizienz und -einsparungen!

Das Potential für Stromeinsparungen durch Effizienzsteigerungen ist groß. Es ist nicht zu verantworten, dass allein für den Stand-By-Betrieb in deutschen Haushalten zwei Atomkraftwerke Strom produzieren. Wir fordern daher die Bundesregierung auf, ihre Blockadehaltung zu überwinden und sich für eine ambitionierte EU-Effizienz-Richtlinie einzusetzen! Auch zuhause muss die Bundesregierung ihre Hausaufgaben machen und ein jährliches Einsparziel von mindestens 3 Prozent des Primärenergieverbrauches¹⁶ als Baustein ihrer Energiepolitik aufnehmen!

(5) mehr Unterstützung für die Energiewende von unten!

Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe. Vielen BürgerInnen und Kommunen ist das bewusst und sie übernehmen schneller als die Bundesregierung Verantwortung: Sie setzen vielfältige Maßnahmen für den kommunalen Klimaschutz um, gründen BürgerInnen-Energie-Genossenschaften, kaufen die regionalen Stromnetze zurück oder gestalten ihre Kommune gänzlich zu Bioenergiedörfern um. Allen Betroffenen muss die Beteiligung an Standortsuche und Betreibung ermöglicht werden. Diesen Einsatz für dezentrale und regionale Energieversorgung muss die Bundesregierung finanziell und ideell unterstützen und die Förderung großer ökologisch und sozial unverträglicher Kraftwerke stoppen.

Gestaltung der GAP¹⁷-Reform: Agrarwende einleiten

Die globalen Probleme im Zusammenhang mit der Landwirtschaft sind vielschichtig: Internationale Handelsabkommen und Handelsstrukturen untergraben die Ernährungssouveränität besonders von Menschen des Globalen Südens. Auch das führt dazu, dass im Jahr 2012 weltweit knapp eine Milliarde Menschen unterernährt sind. Kleinbauernfamilien sind auf lokale Märkte angewiesen, wo sie ihre Erzeugnisse zu fairen Preisen verkaufen können. Das Problem: Diese Märkte werden mit Billigimporten aus dem Ausland überschwemmt, sodass heimische BäuerInnen vom Markt verdrängt werden. Die Folgen sind Einkommensverluste, Armut und Hunger. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds (IWF) und der Weltbank haben viele Länder des Globalen Südens ihre Märkte für Einfuhren weit geöffnet. Verstärkt wurde diese Entwicklung durch die Welthandelsorganisation (WTO) und bilaterale Freihandelsabkommen.

Durch die Industrialisierung der Landwirtschaft gehen weltweit Arbeitsplätze, sowie Kultur und Traditionsgut in der landwirtschaftlichen Produktion verloren. Hinzu kommen die ökologischen Probleme: Die intensive Land- und Ernährungswirtschaft hat eine negative Klimabilanz und bewirkt den Verlust von Biodiversität. Darüber hinaus hat sie eine Überdüngung der Böden und Verseuchung der Gewässer sowie des Grundwassers durch Düngemittel, Herbizide und Pestizide zur Folge. Letztlich zerstören wir damit nicht nur die Natur, sondern entziehen uns auch selbst unsere Lebensgrundlage.

Unser Ziel ist eine multifunktionale, kleinbäuerlich-ökologische Landwirtschaft mit globaler Verantwortung und Achtung der Menschenrechte. Eine Landwirtschaft, deren Funktion nicht ist,

¹⁶ Als Primärenergie bezeichnet man in der Energiewirtschaft die Energie, die mit den natürlich vorkommenden Energieformen oder Energiequellen zur Verfügung steht, etwa als Kohle, Gas oder Wind. Im Gegensatz dazu spricht man von Sekundärenergie oder Energieträgern, wenn diese erst durch einen (mit Verlusten behafteten) Umwandlungsprozess aus der Primärenergie gewandelt werden.

¹⁷ Gemeinsame Agrarpolitik der EU

agroindustriell erzeugte, billige Rohstoffe für die Nahrungsmittelindustrie oder die Energiewirtschaft zu liefern, sondern eine Lebensmittelerzeugung, die ökologisch intakte Kulturlandschaften ermöglicht, Arbeitsplätze schafft und Tierrechte ebenso achtet wie die globale Entwicklungsfrage und den Klimaschutz.

Am 12. Oktober 2012 stellt die EU-Kommission ihren endgültigen Legislativvorschlag zur Reform der EU-Agrarpolitik vor. Die deutsche Bundesregierung muss in den Verhandlungen zur gemeinsamen Agrarpolitik der EU klarer und drastischer Position zum Schutz des Klimas und der Umwelt beziehen. Wir fordern sie auf, für die folgenden Kriterien einzustehen und auf nationaler Ebene als positives Beispiel voranzugehen:

(1) Den ökologischen Landbau fördern und die Massentierhaltung abschaffen!

Landwirtschaft muss ihrer sozialen und ökologischen Verantwortung gerecht werden, d.h., nachhaltig, klima- und naturschutzfreundlich, gen-, pestizid- und nanotechnikfrei sein. Kriterien und Effekte der ökologischen Landwirtschaft sind der Erhalt der Biodiversität und einer vielfältigen Kulturlandschaft, Förderung der Bodenfruchtbarkeit und artgerechter Tierhaltung, geringer Energieeinsatz, verminderte Produktion von Klimagasen und die Bereitstellung zusätzlicher Arbeitsplätze im ländlichen Raum. Fördergelder dürfen nur noch für eine Produktion nach ökologischen und sozialen Kriterien gezahlt werden. Die Größe und der Umsatz der Betriebe dürfen nicht im Vordergrund stehen. Finanzielle Unterstützung für Massentierhaltung ist nicht hinzunehmen! Zusätzlich braucht es strengere Regelungen und Kontrollen für eine artgerechtere Tierhaltung.

(2) Keine Subventionierung von Lebensmittelexporten!

Subventionierte Lebensmittelexporte in Länder des Globalen Südens müssen gestoppt werden. Die EU muss jegliche Formen des eigenen Preisdumpings konsequent abbauen und gleichzeitig insbesondere den Ländern des Globalen Südens zu dem Recht verhelfen, ihre eigene Land- und Lebensmittelwirtschaft zu schützen und zu entwickeln.

(3) Transparente Kennzeichnung von Lebensmitteln!

Die VerbraucherInnen müssen den gesamten Produktionsprozess mühelos anhand produktspezifischer Kennzeichnungen nachvollziehen können. Herkunft, Herstellung und Qualität sowie der Einsatz von Gen- oder Nanotechnologie oder Zusatzstoffe müssen direkt ersichtlich sein. Auch sollten Werbesprüche und Bilder an direkte Produktkriterien gebunden sein, um so die Täuschung der VerbraucherInnen zu verhindern.

(4) Keine Gentechnik, keine Nanotechnologie! Kein Patent auf Leben!

Aufgrund der ungeklärten Risiken und mangelnder unabhängiger wissenschaftlichen Langzeitstudien lehnen wir den Einsatz und Import von Gentechnik und Nanotechnologie in der Landwirtschaft ab.

Es ist nicht richtig, Pflanzen und deren Nutzung zu patentieren. Schließlich hat kein Unternehmen die Pflanzen erfunden.

(5) Wertschätzung von Lebensmitteln

Um Verschwendung von Lebensmitteln zu reduzieren, fordern wir durch Bildung und Aufklärung eine Sensibilisierung für den Wert von Lebensmitteln, auch durch Erziehung von klein auf (z.B. Fach „Ernährung“ in der Schule).

Wir fordern ein verbindliches und starkes Klimaschutzabkommen!

Wir fordern die Begrenzung der durchschnittlichen Erderwärmung auf 1,5°C. Die von der Staatengemeinschaft mit der Cancun Declaration anerkannte Begrenzung auf 2°C ist nicht ausreichend, um Kipppunkte im Klimasystem zu vermeiden. Selbst dieses Ziel ist jedoch im Rahmen der aktuellen Bemühungen nicht zu erreichen. Nach Ablauf der ersten Laufzeit des

Kyoto-Protokolls muss deshalb schnellstmöglich ein neues, ambitioniertes Klimaschutzabkommen getroffen werden, das alle Mitglieder der UN-Klimarahmenkonvention unter Berücksichtigung ihrer persönlichen Verantwortung und Möglichkeiten einbezieht. Die bisherigen Schlupflöcher müssen geflickt werden, so dass es zu absoluten Reduktionen der Treibhausgasemissionen kommt.

Deshalb fordert die BUNDjugend mindestens eine CO₂ Reduktion¹⁸ von 40 Prozent bis 2020 und 100 Prozent bis 2050. Um das Ziel der 100% Reduktion bis 2050 zu erreichen, benötigen wir 100% Erneuerbare Energien bis 2050. Völkerrechtlich müssen Lösungen gefunden werden, so dass einzelne Staaten aus internationalen Abkommen nicht folgenlos austreten können.

Stopp von Raubbau an der Natur und Erhalt der Biodiversität

Die biologische Vielfalt stellt den Reichtum der Menschheit dar. Denn die Natur ist es, die dem Menschen Lebensgrundlagen wie Nahrung, Trinkwasser und viele weitere Ökosystemdienstleistungen bereitstellt. So schützen Wälder vor Überschwemmungen, sorgen für die Sauberkeit des Trinkwassers und haben eine enorme Bedeutung bei der Speicherung von CO₂. Der Erhalt der biologischen Vielfalt ist von nicht bezifferbarem Wert für jeden Einzelnen und von sozialer, wirtschaftlicher, kultureller und wissenschaftlicher Bedeutung. Mit voranschreitendem Artensterben entziehen wir uns zusehends die eigene Lebensgrundlage. Trotz verschiedenster Bemühen sterben weltweit Arten unwiederbringlich aus, Ökosysteme werden zerstört und bestehende nachhaltige Nutzungsbeziehungen zwischen Mensch und Natur kurzfristigen Konzerninteressen geopfert. Dies muss schnellstmöglich gestoppt werden!

Daher fordern wir:

(1) das Einhalten von Zielen internationaler Abkommen und Verpflichtungen!

Deutschland muss sich im Rahmen der Internationalen Konvention zum Erhalt der Biodiversität (CBD) für das Erreichen zugesagter Ziele stark machen. Nach den Millenniumszielen sollte der Verlust an Biodiversität bis 2010 gestoppt werden; dies muss nach dem Verfehlen dieser Zielmarke sofort nachgeholt werden. Das daraufhin getroffene Abkommen von Nagoya im Jahre 2011 enthält wichtige Konkretisierungen, die nicht noch einmal durch Untätigkeit verfehlt werden dürfen. Dabei sollte Deutschland national mit gutem Beispiel vorangehen und endlich konkrete Maßnahmen umsetzen, um das Stoppen des Artenverlustes nicht weiter aufzuschieben. Nur so kann Deutschland auf europäischer und internationaler Ebene notwendige Zeichen setzen.

Ökosystemen mit besonderer Relevanz für das Klima – wie Moore und Regenwälder – muss ein besonderer Schutz zukommen. Mooren und Regenwäldern kommen wichtige Funktionen hinsichtlich der Biodiversität zu, denn in nur wenig anderen Ökosystemen gibt es eine höhere Artenvielfalt. Darüber hinaus sind sie riesige Kohlenstoffspeicher, sodass ihnen eine sehr bedeutende Rolle im Klimaschutz zukommt. Daher ist der sofortige Schutz dieser Ökosysteme als besonders gefährdete Ökosysteme unverzichtbar!

(2) das vermehrte Ausweisen und Sicherung von Schutzgebieten!

Für den effektiven Schutz biologischer Vielfalt sind der Erhalt und die Ausweitung von Biotopen notwendig. Der rasanten Flächenversiegelung muss Einhalt geboten werden.

Von den Naturschutzflächen sollten 5 Prozent Wildnisgebiete sein, in die der Mensch weder planerisch noch gestalterisch eingreift und eine ungestörte Naturentwicklung möglich ist. Ein Netz von Schutzgebieten (Biotopverbund) ist für die Funktionsfähigkeit dieser Gebiete und somit den Erhalt der Biodiversität von großer Bedeutung und muss daher gefördert werden. Etwa 15 Prozent der bestehenden historischen Kulturlandschaften, also durch die Nutzung Menschen geschaffene Landschaftsräume, sind zu erhalten.

¹⁸ Beschlossener Arbeitsauftrag aus der DV: hier eine Formulierung finden, die alle Treibhausgase mit umfasst.

(3) die konsequente Umstellung auf ökologischen Landbau!

Eines der zentralen Probleme des Biodiversitätsschutzes in Deutschland ist die konventionelle Landwirtschaft. Verschiedene Faktoren wie der hohe Pestizideinsatz, der Anbau von Monokulturen, das Arbeiten mit schwerem Gerät und der hohe Flächenverbrauch haben massive Folgen für die biologische Vielfalt. Daher fordern wir auch aus der Sicht des Natur- und Biodiversitätsschutzes eine konsequente und schnelle Umstellung auf einen ökologischen Landbau!

(4) schädliche Subventionen abzuschaffen!

Horrende Summen öffentlicher Förderungen für naturschädigende Landnutzungen sind strikt abzulehnen. Fördermittel für die Landwirtschaft müssen im Sinne des Naturschutzes investiert werden und dürfen nicht für intensive, die natürlichen Ressourcen und die Biodiversität schädigende Landnutzungen und Bauvorhaben verschwendet werden.

Beschlossen von der Delegiertenversammlung der BUNDjugend am 12.5.2012 in Wolfenbüttel.